

Folgender Text ist das überarbeitete Manuskript von H. Tiddens bei der Mehr Demokratie VideoKonferenz zu dem Thema Aufbauende Demokratie am 15.9.20

Ansätze für eine aufbauende Demokratie

Wurzeln für die Demokratie der Zukunft

Die Konzentration auf so etwas biederes wie kleine ländliche Gemeinden, Kleinstädte und Stadtteile“ lässt sich schnell erklären.

Zentral für den heutigen Vortrag steht das Wort „Subsidiarität“. Für diesen Begriff gibt es sehr viele Auslegungen. In der Politik bedeutet es heute üblicherweise, dass eine höhere politische und Verwaltungseinheit nicht das machen soll, was die niedrigere Einheit genauso gut oder besser machen kann. Das betrifft dann aber meistens eine Betrachtung von oben nach unten. Das fängt an bei der höchsten Organisation, den Vereinten Nationen, die von den von Kriegen geschwächten Nationalstaaten 1945 gegründet wurden. Die UNO respektiert selbstverständlich die Mitgliedstaaten als eigenständige Einheiten mit einer Eigenverantwortung. Unter dieser höchsten Organisation gibt es dann z.B. die Europäische Union, die Bundesrepublik Deutschland, die Länder und dann die Kommunen. Und dort hört es auf. Aus dieser Top-down Sicht bedeutet das, dass aus der Perspektive Subsidiarität und Demokratie, die Demokratie in den Kommunen wurzelt. Stimmt das? Ist das effektiv? Wie beurteilen wir das?

Demokratie und Subsidiarität sind im wesentlichen Management-Prinzipien. Um die Qualität eines Managements zu beurteilen, müssen wir auf ihre Fähigkeit schauen, Aufgaben zu erledigen. Welche sind dann die wichtigsten Aufgaben?

Die größte Aufgabe, die wir als Menschheit je hatten, stellt die jetzige COVID 19 Pandemie komplett im Schatten. Wir benehmen uns gegenüber unseren noch lebendigen Planeten wie die Borkenkäfer, mit nur einer Ausnahme...wir haben nur einen einzigen Baum. Die Aufgabe für die Demokratie ist damit klar. Wie wandeln wir uns als menschliche Gesellschaft so, dass auch unsere Nachfahren noch angenehm, gesellig als Teil der lebendigen Erde leben können? Wird die Demokratie das schaffen? Kann sie lernen, das zu schaffen?

Die Größe und die internen Strukturen der politischen Gremien und Verwaltungsabteilungen spielen eine wesentliche Rolle für ihre Fähigkeit zu lernen, kreativ zu experimentieren und neue Herausforderungen zu meistern.

Frei nach dem Philosophen Karl Popper: Es ist unredlich anzunehmen, dass eine Organisation keine Fehler macht. Also sollte man einzelnen Organisationen nicht zu viel Macht geben, weil sonst die Fehler entsprechend groß werden. Solche großen Fehler kennen wir zu Genüge. Kriege zwischen Nationalstaaten stehen an erster Stelle. Aber auch andere große Fehler sind nur zu bekannt: Der Flughafen Schönefeld, der Dieselskandal, Bayer kauft Monsanto, die Hamburger Elbphilharmonie usw..

Und es gibt in diesem Zusammenhang noch eine weitere negative Eigenschaft großer, schwerfälliger Organisationen: Weil sie wissen, dass sie große Fehler machen können, haben sie Angst, überhaupt Fehler zu machen. Das ist viel schlimmer: Das tötet die Kreativität.

Die Herausforderungen, uns selbst als Menschheit aus diesem zur Zeit so verheerenden Anthropozän zu lenken, sind ausführlich beschrieben. Greta Thunberg hat es gut zusammengefasst: "The house is on fire". Die Politökonomin Maja Göpel hat mit ihrem Buch "Unsere Welt neu denken" noch eins oben drauf gesetzt. Und es gibt massenhaft Lösungsansätze. Die durch Christian Felber initiierte Gemeinwohlökonomie ist nur ein Beispiel. Usw. und so fort.

Aber die Herausforderungen sind so komplex, dass wir überhaupt nicht wissen, was funktionieren wird und was nicht. Wir brauchen daher Kreativität und Experimente, wir müssen Fehler machen können.

Große Organisationen mit viel Macht sind daher doppelt gefährlich. Sie machen, wenn sie Fehler machen, sehr große Fehler und aus Angst vor Fehlern töten sie die Kreativität ab.

Wir müssen aber in Anbetracht der vorhin genannten enormen Komplexität Folgendes können:

- experimentieren
- Fehler machen und dann
- aus solchen Erfahrungen voneinander lernen.

Dafür brauchen wir die Vielfalt und Kreativität der kleinen Einheiten und selbstverständlich auch die der höheren Ebenen, die das Lernen koordinieren sollen. Welche sind dann aber die Basiseinheiten? Sind das die Städte, sind das die Kommunen? Können Kommunen von einander lernen?

Aus meiner Forschung hat sich die Vermutung ergeben, dass Einwohner*innen städtischer Kommunen so ab einer Kommunalgröße von 20.000 Personen anfangen, den Kontakt zu den demokratischen Gremien und Verwaltungen dort zu verlieren. Die Verwaltungen als System befördern das. Getrieben durch die verständlichen Ziele der 'Dienstleistungsgesellschaft' haben solche zentralisierten Verwaltungen angefangen, die Einwohner*innen als „Kunden“ zu betrachten. Kommunen wie Hamburg oder Köln sprechen sogar von „Kundenzentren“. **Kunden?** In einer Demokratie sind die Staatsbürger die Eigentümer! Und Eigentum verpflichtet, wie das deutsche Grundgesetz zu Recht formuliert.

Lasst uns mal tiefer auf die Rolle der Größe, auf den Umfang politischer Einheiten schauen.

Eine Orientierung liefert eine Kleinstadt wie Glückstadt. Glückstadt ist nur ein Beispiel für die vielen Kleinstädte, die es in Europa und auf der Welt gibt. Sie liegt 50 km nordwestlich von Hamburg und hat knapp 11.000 Einwohner*innen.

Diese kleine Stadt hat ein Rathaus, eine Stadtvertretung mit 23 Personen, eine Bürgermeisterin, eine Verwaltung mit mehr als 60 Personen, eine gute Webseite, auf der Interessierte alle Informationen über die demokratischen Gremien und die Verwaltung von Glückstadt finden können, inklusive einen Haushaltsplan von 600 Seiten.

Umgekehrt, 50 km in südöstlicher Richtung liegt der Hamburger Stadtteil Rissen mit 15.500 Einwohner*innen. Also erheblich größer als Glückstadt. In Rissen gibt es von der Verwaltung einen! sogenannten "bürgernahen Polizisten" und Dank des Flüchtlingsstroms von 2015 einen mühsam eroberten Teilzeit-Stadtteilmanager mit einem Büro von etwa 30 m². Es gibt keine offiziellen demokratischen Gremien mit Entscheidungskompetenzen. Die „Rissener Runde“ wurde

als Stadtteilbeirat komplett selbst durch die Einwohner*innen organisiert. Zurzeit wird diese Rissener Runde erfreulicherweise durch den Stadtteilmanager unterstützt. Das war es dann aber auch schon.

Dieses Vakuum in solchen kleinen Einheiten ist kein triviales Problem. Diese Abwesenheit von Verwaltung und demokratische Gremien mit Eigenkompetenzen in den Stadtteilen betrifft die Fundamente der Demokratie. Hochgerechnet leben etwa 59% der deutschen Bevölkerung in Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohner*innen. Also in solchen Einheiten, in denen die demokratischen Gremien von den Einwohner*innen schon zu weit weg sind.

In diesen größeren Kommunen gibt es in höchstens 15% der Basiseinheiten -genannt Stadtteilen, Veedel, Kieze, Gemarkungen usw. – eine eigene Verwaltung und institutionell verankerte demokratische Gremien. Das betrifft aber meist nur solche Basiseinheiten, die soziale oder wirtschaftliche Schwierigkeiten haben.

Das bedeutet in Umkehrschluss, dass in 85% der Basiseinheiten derartiger Kommunen weder die Verwaltung noch die institutionelle Demokratie vor Ort vertreten sind. Und das bedeutet daher ebenfalls, dass knapp **die Hälfte!** der deutschen Bevölkerung kein demokratisches Selbstwirksamkeitsgefühl in jenen Basiseinheiten entwickeln kann, in denen sie die eigentlichen ErfahrungsexpertInnen sind und in denen sie ehrenamtlich am meisten Zeit haben aktiv zu werden.

Nochmals, Demokratie ist im Kern ein Managementsystem. Wir haben als Menschheit eine Aufgabe zu meistern. Wir sind 7,7 Milliarden Menschen und steuern auf 10 Mrd. zu. Irgendwie werden wir es doch sehr schnell schaffen müssen, behutsam und angenehm als nur ein Teil der lebendigen Erde zu leben. Nochmals, diese Herausforderung ist so komplex, dass wir nicht wissen, was funktionieren wird und was nicht. Wir brauchen daher die Vielfalt und die Kreativität kleiner Einheiten. Wir müssen dort experimentieren können, wie wir am Beste nachhaltig verhalten, wie wir als gemeinschaft eine Resilienz entwickeln in Anbetracht von dem was was auf uns zu rollt. Und wir müssen aus diesen Erfahrungen schnell lernen können.

Aber das Lernen ist nicht so einfach. Die nationalstaatlichen und kommunalen Strukturen, die wir jetzt haben, sind historisch gewachsen und was Größe und Struktur betrifft so extrem heterogen, dass sie kaum bis gar nicht direkt voneinander lernen können.

Größe spielt eine wichtige Rolle.

Nehmen wir als Beispiel die Berichterstattung über COVID-19 in dem doch seriösen Deutschlandfunk. Hier wurde in den Nachrichten in April und Mai in allem Ernst wiederholt berichtet, „dass jetzt die USA mehr COVID-19 Tote zu betrauern hätten als Italien“. Das ist doch so, als wenn wir Ähnliches über Italien und Luxemburg sagen würden oder über Hamburg und Glückstadt....das ist absurd. Top-down können Verwaltungseinheiten kaum voneinander lernen.

Nehmen wir noch ein Beispiel: Hamburg und Rotterdam. Dies sind beides Hafenstädte, relativ nahe beieinander in Nordwest-Europa. Zum Beispiel in Bezug auf die wirtschaftliche Wohlfahrt sollten diese Kommunen also gut vergleichbar sein.

Weit gefehlt. Rotterdam hat nur 600.000 Einwohner*innen, weil Schiedam und Vlaardingen anders als Altona unabhängig geblieben sind. Rotterdam ist Teil der Provinz Süd-Holland. Hamburg dagegen hat 1,8 Millionen Einwohner*innen und ist ein Stadtstaat, in dem es sogar Bauernhöfe gibt. Auf der Kommunal-Ebene sind Hamburg und Rotterdam deshalb also völlig unvergleichbar.

Wenn wir solche kommunalen Einheiten aber aus Nutzersicht, also Bottom-up, betrachten, dann klärt sich das Bild erheblich.

Die Freie Hansestadt Hamburg ist ein System von 181 Orts- und Stadtteilen, Rotterdam von 60, Köln von 86, Berlin von etwa 300, Heidelberg von 15, usw..

Lasst uns nun als Prüfstein die Management-Aufgabe, eine angenehme Nachhaltigkeit und Resilienz zu erreichen, nochmal anschauen.

Es gibt eine gute von der Bertelsmann Stiftung finanzierte Studie aus 2018 mit der versucht wird, die deutschen Kommunen in Bezug auf die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen vergleichbar zu machen¹. Aus den oben beschriebenen Gründen ist aber für diese Kommunen für das Erreichen solcher Ziele, ein direktes Lernen voneinander kaum möglich. Diese Studie sagt aber wortwörtlich auf Seite acht: „Die Bereitstellung der Daten erfolgt – soweit als möglich für alle Städte und Gemeinden über 5.000 Einwohner sowie alle Kreise, wobei die Indikatoren i. d. R. auch in kleineren Städten und Gemeinden verwendet werden können.“²Wenn das so ist, was redlich ist, dann können alle Basiseinheiten dieser Kommunen, also jene Basiseinheiten unter 20.000 Einwohner*innen, also auch entsprechend beschrieben werden. **So können jene kommunalen Einheiten**, über das Abschneiden ihrer Basiseinheiten, z.B. bei den SDG's, **indirekt sehr wohl voneinander lernen**.

Die Kraft Europas – zum Beispiel im Vergleich zu den USA und China - könnte eine von Demokratie getragene Vielfalt und Kreativität sein. Nutzen wir dieses Potential? Sind die Bürger in Europa bereit mitzumachen?

Wenn eine Person vom dem betreffenden Staats-System zu einem Kunden, also einem Objekt reduziert wird, dann ist diese Person nicht gerade geneigt, Herausforderungen eigenverantwortlich zu lösen: „Ich zahle doch viel Steuern. Ich kann das doch nicht auch noch machen. Das soll der Staat doch lösen.“ wird der Kommentar eines großen Teils der Bevölkerung sein.

Wie kann eine Basiseinheit, z.B. ein Stadtteil in Köln, in dem es keine Kompetenzen, keine Verwaltung und keine demokratischen Gremien vor Ort gibt, kreativ und problemlösend die jetzigen Herausforderungen annehmen? Ist das noch eine kreative demokratische Einheit?

Wenn Köln Nachhaltigkeit und Resilienz erreichen möchte, dann wird dies nur gelingen, wenn die 86 Stadtteile das erreichen. Es ist undenkbar, dass das gelingen kann, ohne dass die Einwohner*innen in jedem Stadtteil sich dafür zuallererst selbst verantwortlich fühlen. Das werden sie aber nur tun, wenn sie dort dabei ein Gefühl einer **Selbstwirksamkeit** spüren, wenn sie das Gefühl haben, dass ihr Einsatz etwas nützt. Und das Gefühl werden sie nur dann haben, wenn sie dafür die entsprechende Kompetenzen bekommen.

Es ist ganz einfach. Wenn die Basiseinheiten es nicht schaffen, auch selbst Verantwortung wahr zu nehmen, dann nützt alle Arbeit der höhere Einheiten nichts. Der Polarforscher Robert Swan brachte

1 Assmann, Dirk, Jasmin Honold, Busso Grabow und Jochen Roose. **SDG-Indikatoren für Kommunen Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen**. Hrsg. Bertelsmann Stiftung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsches Institut für Urbanistik, Engagement Global. Gütersloh 2018.

2 Ebenda, S.8

es auf dem Punkt: **„Die größte Bedrohung für unseren Planeten ist der Glaube, dass jemand anderes ihn retten wird.“**

Auch innerhalb der größeren städtischen Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohner*innen sollte daher dort auch das Prinzip der Subsidiarität gelten.

Stadtteile - auch genannt Quartiere, Veedel, Kieze, Ortsteile – das sind jene Basiseinheiten mit sehr grob einem Durchschnitt von 10.000 bis zu ca. 20.000 Einwohner*innen. Auch diese Stadtteile sollten jene Sachen erledigen können, die sie selbst genauso gut oder besser erledigen können als die höheren Verwaltungsebenen. Die höheren Ebenen sollten nur Hilfe zur Selbsthilfe anbieten, sowie die Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den Einheiten sicherstellen die in ihrer Verantwortung liegen.

Der technische Begriff einer „auf Bottom-up Subsidiarität beruhenden Demokratie“ wird natürlich kaum verstanden. Er ist daher nicht geeignet für die Kommunikation. Daher habe ich angefangen dieses demokratische Prinzip eine „Aufbauende Demokratie“ zu nennen. Das wird gut verstanden: Eine Demokratie, die in den Basiseinheiten ihre Wurzeln hat und darauf aufbaut.

Die erste Ebene der Einheiten für eine aufbauende Demokratie betrifft, weltweit, im ländlichen Bereich die 'Dörfer' und im städtischen die 'Nachbarschaften'. Das sind Einheiten mit einer durchschnittlichen Größe von sehr grob 500 Einwohner*innen.

Die zweite Ebene, auf der die Erfahrungsexpertise der Einwohner*innen noch gut genutzt werden kann, wird im ländlichen Bereich durch die kleinen Gemeinden gebildet. Im städtischen Bereich sind das Kleinstädte, wenn sie als Kommune unabhängig sind. In den größeren urbanen Kommunen sind es die Stadtteile. Also die Quartiere, Veedel, Kieze, Ortsteile dieser Welt jene Einheiten mit sehr grob einem Durchschnitt von 10.000 bis zu ca. 20.000 Einwohner*innen.

Für das Verwalten der Einheiten der dritten Ebene, z.B. mittelgroße Städte, Bezirke usw. und noch höherer Ebenen sind Ausbildungen notwendig. Dafür reicht eine Erfahrungsexpertise nicht mehr aus. Dafür brauchen wir Stadtplaner, Juristen, Verwaltungsexperten usw.. Das kann eine ehrenamtlich tätige Person also nicht ohne weiteres machen. Zudem sind die Einheiten der Ebene drei und höher, auch geografisch so groß, dass es sehr schwierig wird, sie als Ehrenamtliche noch zu überschauen und darin ernsthaft in der wenigen verfügbaren Freizeit mitzuwirken.

Die Wichtigkeit der Einheiten der ersten zwei Ebenen gilt erst recht für die Jugendlichen. **Wie sollen die Jugendlichen Demokratie lernen, wenn sie dort, wo sie Erfahrungsexperte sind, kein Gefühl der demokratischen Selbstwirksamkeit erleben können?**

Gebt den Mitgliedern der Friday's for Future doch Kompetenzen in jenen Basiseinheiten, in denen sie Erfahrungsexperten sind. So wird eine neue Generation Praxis erfahrener Politiker*innen entstehen können.

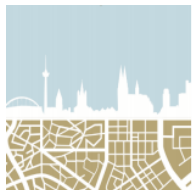
Nun denken Sie vielleicht: das sind doch alles eingerostete historische Strukturen, die nur über Verfassungsänderungen angepackt werden können. Das geht doch gar nicht, oder, das dauert viel zu lange.

Ja und nein. Die höheren demokratischen Gremien und Verwaltungen werden bei zunehmenden Herausforderungen schnell realisieren, dass es gut ist, wenn Basiseinheiten wie Stadtteile selbst

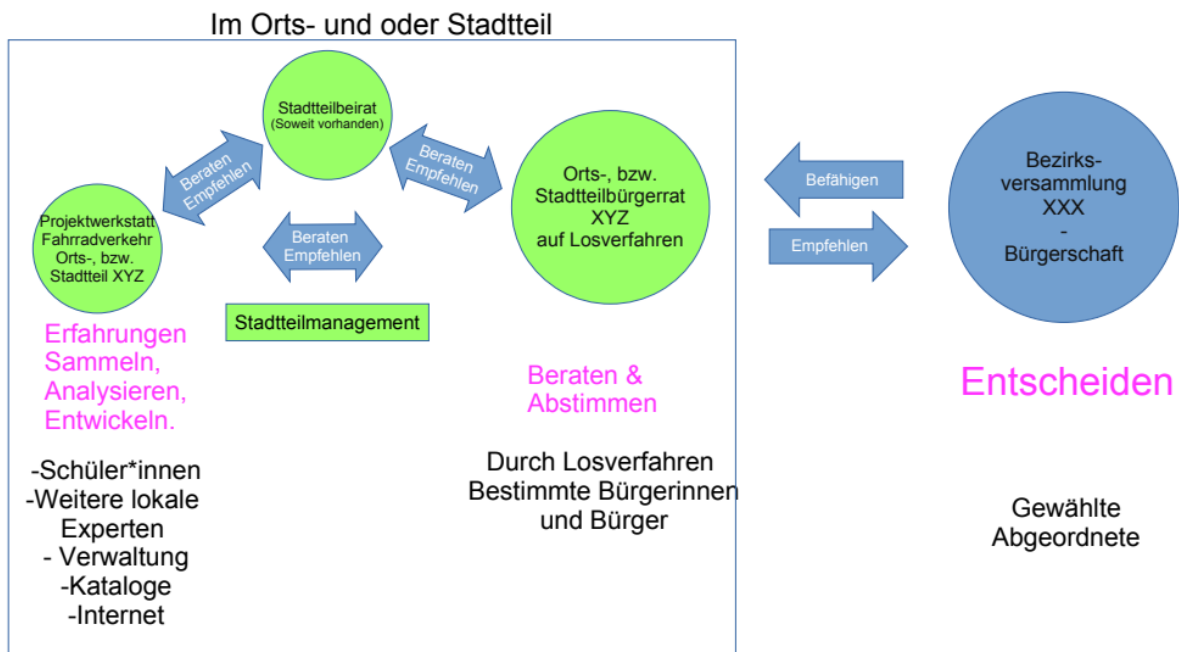
denken, selbst Verantwortung wahrnehmen, selbst anpacken und selbst kreativ sind. Natürlich innerhalb ihrer demokratisch bestimmten Grenzen. Wenn diese Grenzen aber zu eng sind, wird das Interesse mitzumachen und die Kreativität, natürlich entsprechend abnehmen, oder wie jetzt häufig der Fall, erst gar nicht entstehen.

Das Vakuum ist eine Chance

Dennoch wird dieses Erhöhen der Kompetenzen der Basiseinheiten politisch und verwaltungstechnisch mühsam sein. Wir werden also lange ein demokratisches und Verwaltungsvakuum in den Basiseinheiten haben. Ich habe das lange als großes Risiko gesehen. Inzwischen bin ich anderer Meinung: Das Vakuum ist eine Chance. Gerade in diesem Vakuum können wir als Verein für Mehr Demokratie sehr konstruktiv helfen, die Zivilgesellschaft an der Basis zu stärken. Auch auf dieser unteren Ebene wird sich der Bürgerrat auf Losverfahren als sehr nützlich erweisen. Wie das funktionieren kann, zeige ich Ihnen beispielhaft an Hand eines konkreten Projektes, dass ich in Hamburg dabei bin mit aufzubauen.



Wurzeln für die Hamburger Demokratie Beispiel: Verbesserungen lokaler Infrastruktur Fahrradverkehr



Hier sehen Sie das Organigramm einer Stadtteil-Organisation, die wir als Zukunftsforum Blankenese im Rahmen des „Hamburg besser machen“ Projektes der Körper Stiftung vorgeschlagen haben und welches zurzeit weiter entwickelt wird.

Dass ich die Fahrradverkehrsinfrastruktur in Hamburg als eine schlichte Katastrophe beschreibe, werden Sie mir als Niederländer bitte verzeihen. Fahrradbegeisterte, wie ich, sind über solche Situationen wie in Hamburg, erst recht in Anbetracht der Nachhaltigkeits- und Resilienz-Herausforderungen vielleicht nachvollziehbar erschüttert und geschockt. Die Vorschläge, die diese Begeisterten machen, mögen daher wichtig sein, aber, wie gut sie auch sein mögen, sie haben selbst noch keine demokratische Legitimation.

Eine lokale Projektwerkstatt auf Stadtteilebene soll in diesem Projekt Vorschläge für lokale Verbesserungen der Fahrradverkehrs-Infrastruktur erarbeiten - zum Beispiel auf der Basis der im Durchschnitt pro Person dafür verfügbaren finanziellen Mittel pro Jahr. Diese sollen dann, wenn vorhanden, dem lokalen Stadtteilbeirat präsentiert werden und dann in einem, per Losverfahren ausgewählten, lokalen Stadtteil-Bürgerrat zur Beratung vorgelegt werden. Dieser Stadtteilbürgerrat wird sich dann eine Meinung bilden. So können Lösungsansätze durch Projektwerkstatt, Stadtteilbeirat und Stadtteilbürgerrat gemeinsam weiter entwickelt werden. Letztlich gibt dann der Stadtteilbürgerrat eine Empfehlung an die betreffenden höheren, demokratischen Gremien.

Diese Vorgehensweise sieht insbesondere vor, dass diese Projektwerkstatt und der Stadtteilbürgerrat besonders die wirklichen Erfahrungsexperten für den Fahrradverkehr dort, die Jugendlichen des betreffenden Stadtteils, direkt mit einbindet. Um dieses Pilotprojekt durchzuführen, bedarf es keiner Änderung der Verfassung der Freien Hansestadt Hamburg. Die Stadtteilbürgerräte werden nur Empfehlungen an die Bezirksverwaltungen bzw. die Bürgerschaft geben. Diese werden aber froh und gut beraten sein, solche Empfehlungen sehr ernst zu nehmen.

Das Ganze wird natürlich nur klappen, wenn diese Arbeitsprozesse hauptamtlich unterstützt werden. Das kostet Geld. Demgegenüber steht aber, dass die höheren Ebenen so von lokalem „Kleinkram“ entlastet werden und demokratisch gut abgefederte Vorschläge bekommen.

Dies ist nur ein Beispiel.

Der Jahresmitgliederversammlung des Vereins Mehr Demokratie e.V. empfehle ich daher, das **Prinzip der Aufbauenden Demokratie** (also eine auf Bottom-up Subsidiarität beruhende Demokratie) als eines der Haupttätigkeitsfelder ihrer Aktivitäten auszuwählen. Eine ausführliche Begründung finden Sie im Anhang. Der Arbeitskreis Aufbauende Demokratie bietet auch neue Möglichkeiten Kommunen und Länder systemisch aus Sicht der Einwohner*innen zu betrachten und damit zu stärken. Daher schlage ich vor den AK Kommunen und Föderalismus neu zu gestalten und umzuwandeln in einen AK Aufbauende Demokratie.

Dieser Arbeitskreis Aufbauende Demokratie kann sehr zielgerichtet dafür sorgen, dass die Demokratie wieder Wurzeln in den Basiseinheiten unserer Gesellschaft bekommt. Diese Basiseinheiten sind die kleinen ländliche Gemeinden, Kleinstädte und Stadtteile, jene Einheiten mit einer Durchschnittsgröße von grob 10.000 Einwohner*innen, nicht viel größer als 20.000 Einw. Das sind jene Einheiten die von den Einwohner*innen noch als Erfahrungsexperten verstanden werden, wo sie leicht ehrenamtlich tätig werden können.

Es gibt einen zweiten Grund die Demokratie aus Sicht dieser Ebene zu betrachten. Es ermöglicht und stimuliert ein Lernen von einander.. So betrachtet können diese Basiseinheiten was die Qualität,

Kreativität und die Kraft der Demokratie von einander direkt lernen und die höhere politische Gremien und Verwaltungen indirekt.

Dass dies den Föderalismus stärkt, braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden.

Dieser AK Aufbauende Demokratie soll anregen, dass unsere Demokratie systemisch ihre Wurzeln in der Vielfalt und der Kreativität dieser Basiseinheiten, also der kleinen ländlichen Gemeinden, der Kleinstädte und Stadtteile findet und stärkt.

Um diese Arbeit konkret zu machen, empfehle ich, dass dieser AK Aufbauende Demokratie konkret stimulieren soll, in all diesen Einheiten **Zukunftsforen** zu gründen. Offene, rein zivilgesellschaftliche gemeinnützige Vereine, die sich klar an Nachhaltigkeits- und Resilienzzielen ausrichten. Das könnte zum Beispiel folgende Ziele betreffen:

- die Sustainable Development Goals, oder Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen,
- die Weltethos Ziele der religiöse Organisationen oder auch
- die 79 Ziele der Charta Berlin City West, an denen der Bezirk Charlottenburg Wilmersdorf intensiv mitgearbeitet hat.
- Usw.

Solche Zukunftsforen haben idealerweise zwei Standbeine, die durch sogenannte Fachforen getragen werden

- Die technischen Fachforen
 - diese kümmern sich um sehr konkrete lokale Lösungen für z.B.: Nachhaltige Mobilität, Zukunftsweisende Ortsgestaltung, Ernährungs- und Agrarwende, Nachhaltige Energie usw.
- Die systemischen Fachforen
 - diese kümmern sich darum dass:
 - die lokale Schulen, Schülerinnen und Jugendlichen bei der Bewältigung der oben genannten lokalen Herausforderungen eingebunden werden....und
 - die eigene Basiseinheit demokratische und finanzielle Kompetenzen bekommt, dass
 - diese dann wahrgenommen werden,
 - dass so die Demokratie dort Wurzeln schlägt, aufblüht und Früchte tragen kann, und
 - dass sich so eine "Aufbauende Demokratie" etabliert.
 - diese Basiseinheiten eine demokratisch echte empfehlende Kraft bekommen, indem sie dafür sorgen dass in ihrem Stadtteil einen lokalen Stadtteilbürgerrat etabliert wird. Das kann wie in Vorarlberg sowohl für Projekte, für spezielle Fragen, als auch für längere Perioden von z.B. 1-2 Jahre für laufende Aufgaben sein.

Die Verbreitung und Aufbau dieser Zukunftsforen soll vom AK Aufbauende Demokratie gestützt werden, ähnlich wie das mit den Bürgerräten geschieht. So soll der AK Aufbauende Demokratie dafür sorgen, dass die Basiseinheiten unserer Gesellschaft wo nötig wieder demokratisch initiativ und stark werden. Aus dieser Bottom-up Sicht können wir als Mehr Demokratie und die Gesellschaft dann gleichzeitig die Funktionalität und Leistung der Demokratie der höheren Ebenen

systemisch gut beurteilen und versuchen, Kompetenzen zu fördern und gegebenenfalls Eingriffe in lokale Angelegenheiten zu beschränken.

Zusammenfassend, lasst uns ein AK Aufbauende Demokratie gründen mit folgenden ersten Aufgaben:

- Förderung, dass die Basiseinheiten unserer Gesellschaft eigene Zukunftsforen gründen
- Lasst uns damit anfangen, indem wir dort, wo wir als Mitglied von MD selbst wohnen, ein solches Forum gründen.
- Bildung eines Plattform, welches ähnlich wie bei den Bürgerräte hilft,
 - solche Zukunftsforen zu gründen
 - dass vergleichbare Basiseinheiten voneinander lernen können

Das wird das Interesse an Demokratie und damit Mehr Demokratie steigern. Das bringt Vielfalt und kreative, evolutionäre Kraft. Eine Kraft die wir brauchen.

„Die größte Bedrohung für unseren Planeten ist der Glaube, dass jemand anderes ihn retten wird.“

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
